Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließl. Bringerlohn monatl. 18000,— M., durch die Post bezogen monatl. 18000,— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 5000,— M. Einzelnummer 700,— M. Sonnabendnummer 1000,— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 1500,— M., auswärts 1800,— M., die 8gespaltene Reklamezeile 7000,— M., auswärts 8000,—, Ausland 6000 u. 20000 M. Bei mehrmalig. Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeig., Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederleg. 500 M.

Nr. 154 | Dresden, Donnerstag den 5. Juli 1923 | 34. Jahrg.

Die großkapitalistische Dirne

Als im Laufe der unerhörten Preissteigerungen im Druckereigewerbe das große Sterben im Blätterwalde einsetzte, ging ein Jammern und Wehklagen durch die deutsche Presse. Aber es gab nichtsdestoweniger eine ganze Reihe Leute, die eine leistungsfähige charaktervolle Presse durchaus zu schätzen wußten, es gab viele, selbst unter den Journalisten und Schriftstellern, die vom Zeitungssterben beruflich mitgetroffen wurden, die in dieses Geklage durchaus nicht bedingungslos mit einstimmten, sondern der unbarmherzigen Ansicht waren, daß es in Deutschland recht viel überflüssige Blätter gäbe und daß es durchaus im Interesse der Presse liege, wenn unter den unzähligen kleinen, leistungsschwachen Provinzblättern eine gründliche Auslese gehalten würde, um dafür alle Vorbedingungen für eine um so leistungsfähigere großstädtische Presse zu schaffen. Mag man nun zu dieser Auffassung stehen, wie man wolle — Tatsache war jedenfalls, daß großkapitalistische Kreise die allgemeine Notlage der Presse auszunutzen und sie vom Großkapital noch abhängiger zu machen wußten, als früher schon. Größere wie kleinere Blätter gingen in die Hände von Industriekönigen über, von denen Stinnes und Hugenberg die bekanntesten sind. Andre wurden auf dunklen undurchsichtigen Wegen finanziell mit kapitalistischen Interessencliquen verknüpft. Diese Entwicklung hat mancher anständige Journalist in bürgerlichen Kreisen mit Beklemmung verfolgt und diese Entwicklung ist es, die auch dem Chefredakteur der Vossischen Zeitung, Georg Bernhard, einen Notschrei erpreßte. In einem Artikel der Vossischen Zeitung beschäftigte er sich mit der Freiheit der Presse und wies auf die wachsende Abhängigkeit eines großen Teiles der bürgerlichen Presse von privaten, finanzkräftigen Kreisen hin. In diesem Aufsatz fand sich der gesperrt gedruckte Satz: „Weiß das deutsche Volk eigentlich, daß schlechterdings 90 Prozent der deutschen Presse heute im Besitze industrieller Großunternehmer und ihrer Tochtergesellschaften sind?"

Da Georg Bernhard der Angestellte der Ullsteinfirma, also auch eines großen Finanzkonzerns, ist, in dessen Abhängigkeit die Vossische Zeitung steht, erzielte sein Artikel ebensoviel Aufsehen wie Nachdrucke. Auch wir brachten Teile daraus. Jetzt bemächtigt sich auch der Verein Deutscher Zeitungsverleger der Sache — aber nicht etwa, um hinzuweisen auf die moralische Gefahr, die der bürgerlichen Presse aus der wachsenden Abhängigkeit von Kapitalskreisen erwächst, sondern um den allzu freimütigen Georg Bernhard bei den Ohren zu nehmen. Das Organ des genannten Zeitungsverlegervereins, „Der deutsche Zeitungsverlag", verlangt von Georg Bernhard „Beweise" für seine Behauptungen und hat es auch insofern leicht, als sich juristisch gültige, lückenlose Beweise dafür, daß 90 Prozent der bürgerlichen Presse in der von Bernhard charakterisierten Weise verjumpft seien, nicht erbringen lassen. Georg Bernhard nimmt in der Vossischen Zeitung das Wort zu der Anfrage und erklärt, daß nach dem ihm vorliegenden Material die Zahl der großen und kleinen Blätter, die unter finanziellem Einfluß der Industrie stehen, auf etwa 30 v. H. zu schätzen seien. Die Ziffer von 90 Prozent sei ohne sein Zutun in den Artikel hineingekommen. Er habe Abschrift und Korrektur des Manuskriptes nicht mehr kontrollieren können. Bernhard führt dann fort:

> Wenn einzelne Blätter, insbesondere das Organ des Vereins deutscher Zeitungsverleger, Der Zeitungsverlag, das Schwergewicht ihrer Polemik gegen meine Darlegung auf die übertreibende Prozentziffer legten, so wird dadurch die Erörterung über diese Dinge auf ein Nebengleis geschoben. Das bedeutet ein Ablenken von dem, was wirklich wichtig ist. Es handelt sich um den heute bereits großen und ständig wachsenden Einfluß, den Industrieverbände und einzelne Industrieunternehmer auf die öffentliche Meinung Deutschlands üben. Entweder durch direkte Beteiligung an den Blättern oder auf dem für die Oeffentlichkeit absichtlich verdunkelten Wege über eigens zu diesem Zwecke gegründete Beteiligungsgesellschaften, Finanzierungsgesellschaften, Einkaufsgesellschaften und Annoncen-Agenturen.
>
> Es kommt hinzu, daß weitaus größer, als solche direkte Einflüsse, die Herrschaft jener industriellen Kreise über die Zeitungen durch einen verzweigt organisierten Nachrichtenbetrieb ist, dessen Träger Telegraphenbureaus und Plattenkorrespondenzen sind. Ueber die Art dieser mannigfaltigen Organisationen wird hier noch Näheres zu sagen sein. Das wird auch Gelegenheit bieten, sich mit denen auseinanderzusetzen, die diese Entwicklung für harmlos erklären, weil sie im Augenblick ihrer parteipolitischen Einstellung zugute kommt. Auch mit denjenigen, die, wie anscheinend der Verein Deutscher Zeitungsverleger, den Trennungsstrich zwischen den verschiedenen Kategorien und Geistesrichtungen der Zeitungsbesitzer nicht ziehen wollen. Zwischen solchen Verlegern, die das Verlagsgeschäft als Beruf mit moralischer Verpflichtung gegenüber der Oeffentlichkeit betreiben, und den die unkontrollierbar durch die Oeffentlichkeit den anonymen Besitz von Zeitungen und die Beteiligung an Zeitungen für ihre geschäftlichen oder politischen Sonderzwecke mißbrauchen.

Der Chefredakteur vom Hause Ullstein kündigt also weitere Auseinandersetzungen an, und das ist notwendig, denn der deutsche Zeitungsverlegerverein stellt sich in seinem Angriff gegen Bernhard denn doch wohl begriffsstutziger und unwissender, als er sein dürfte. In Bernhards Artikel handelt es sich ja nicht nur um jene Freiheit der Presse, die bedroht ist durch die unmittelbare finanzielle Abhängigkeit eines großen Teiles der bürgerlichen Presse von Kapitalkonzernen, sondern um jene viel feinere, unkontrollierbare und damit um so gefährlichere Bedrohung durch Korrespondenzen, Nachrichtenbureaus, Agenturen und Inseratenbureaus, die mit großkapitalistischen Geldern arbeiten und durch deren Kanäle alle jene Nachrichten, Artikel und Korrespondenzen in die bürgerliche Presse hineinrutschen. Wie „unabhängig" auf diese Weise öffentliche Meinung entsteht, die im Dienste und im privaten Interesse finanzieller Kreise geschoben wird, das mag man sich drüben im bürgerlichen Lager je nach Intelligenz und Aufrichtigkeit selber gestehen. Wir wollen hier nicht auf ein Problem eingehen, das sich in den drei Buchstaben W. T. B. ausdrückt. Wolffs Telegraphen-Bureau wird offiziös bedient; das heißt, es ist ein privates Unternehmen, das aber gleichzeitig im Dienste der Behörden Nachrichten veröffentlicht.

Wie unparteiisch dieses W. T. B. ist, haben wir mehrfach an Beispielen gezeigt. Eines der gravierendsten war, daß am 1. Mai W. T. B. zu berichten wußte, in München sei der 1. Mai ruhig verlaufen, während es Verletzte gegeben und die Reichswehr zu tun hatte, die bis an die Zähne bewaffneten, ganze Straßenzüge belagernden Faschisten in Schach zu halten. Wir wollen hier die Frage nicht weiter untersuchen, wie weit sich das Wolffsche Telegraphen-Bureau in der Behandlung von Nachrichten vom Einfluß großkapitalistischer Kreise völlig abhängig fühlt. Aber bekannt ist z. B., daß die Telunion (Telegraphen-Union), ein andres großes Nachrichtenbureau, aus den Kassen großkapitalistischer Geldgeber gespeist wird. Wenn Georg Bernhard die unter unmittelbarem finanziellen Einfluß der Industrie stehenden bürgerlichen Blätter auf 30 v. H. schätzt, so ist das ein für diese Art Preßkorruption sehr hoher Prozentsatz. Die Ziffer von 90 Prozent, die in Bernhards Artikel infolge eines technischen Versehens hineingekommen ist, erreicht er jedoch mühelos, wenn er alle jene Blätter zusammenreiht, deren „öffentliche Meinung" aus den obengekennzeichneten Quellen fließt und von den dahinterstehenden Finanzkreisen also mitbestimmt wird.

Zu den Blättern, die sich berufen fühlen, den guten Ruf der deutschen Presse gegen Georg Bernhards kritische Betrachtungen zu verteidigen, gehören ausgerechnet die Dresdner Neuesten Nachrichten, die u. a. darauf verweisen, daß die deutsche Presse immer noch besser sei als etwa die englische oder französische, die „ein weitaus weniger genaues Bild von der wahren Volksstimmung geben, als die deutsche Presse tut". Als ob es darauf ankäme! Wenn ein Teil der englischen und der französischen Presse durch Sensationshascherei und Cliqueninteressen verseucht ist, so wäre das vor allem eine Angelegenheit des französischen und des englischen Publikums. Für das deutsche Volk handelt es sich um seine Presse, und es ist notwendig, daß es bei der Bewertung seiner Zeitungen einen Maßstab anlegt, den es nicht gerade aus den Niederungen des Pariser Boulevard-Journalismus bezieht.

Wenn bürgerliche Blätter sich genötigt sehen, mit einem Hinweis auf das Ausland die geringere Korruption in der deutschen bürgerlichen Presse zu belegen, so ist das ähnlich, als wenn eine Dirne auf eine andre verweist und behauptet, so schlimm wie die criebe sie es noch lange nicht. Oder wenn das Mädchen mit dem unehelichen Kind die Angelegenheit zu verkleinern sucht mit der treuherzigen Auffassung, es wäre ja nur ein ganz kleines Kind. Schon die Art der Reinwaschung, die Blätter vom Schlage der Neuesten Nachrichten versuchen, zeigt ihr Schuldbewußtsein, ihre Schuld und ihre Art, öffentliche Meinung zu machen, worauf wir in einem weiteren Artikel eingehen werden.

Lebenslängliche Zwangsarbeit bei Bruch der Verkehrssperre!

Karlsruhe, 4. Juli. (Eig. Drahtber.) **Die Verkehrssperre zwischen den besetzten und unbesetzten Teilen des Offenburger und Kehler Gebietes wird ebenfalls streng durchgeführt. An der Grenze sind Plakate angebracht, die schon die Annäherung an die Grenze mit schweren Strafen bedrohen. Männliche Personen sollen mit lebenslänglicher Zwangsarbeit und weibliche Personen mit 10 Millionen Mark Geldstrafe bestraft werden.**

Verkehr durch den englisch besetzten Bezirk

Elberfeld, 4. Juli. (Eig. Drahtber.) Die Verhandlungen in London über den Verkehr in der englisch besetzten Zone, die der englische Vertreter in Köln angeregt hatte, haben bis jetzt, wie die englische Kommission in Köln mitteilt, das Ergebnis gehabt, **daß die Bewohner des englisch besetzten Gebietes, die im Besitze des englischen Stempels sind, mit dem unbesetzten Deutschland verkehren können. Das bedeutet praktisch die Durchbrechung der französischen Blockade.** — Auf der Bahnstrecke Köln—Dieringhausen halten die Franzosen jeden Zug an. Es dürfen auch keine Leerzüge verkehren. Im Wuppertal ist für die Schwebebahn ein Pendelverkehr eingerichtet.

W. T. B. meldet aus dem Ruhrgebiet: Heute wurde den Arbeitern, die vom besetzten in das unbesetzte Gebiet und umgekehrt zur Arbeit gehen wollten, eröffnet, daß ihnen das Passieren der Grenze von jetzt an verboten ist. Ein Transport von 660 Kindern, die von Hamborn in das unbesetzte Gebiet zur Erholung geschickt werden sollten, wurde in Selen angehalten und nach Hamborn zurückgesandt. — Die Leiche des Monteurs Knickmann ist in der Lippe gefunden worden. Bekanntlich hat Knickmann vor 14 Tagen drei Mann einer belgischen Patrouille bei Marl erschossen. Auf der Flucht wurde er angeschossen. Er ertrank bei dem Versuche, den Fluß zu durchschwimmen, während es seinem Begleiter Jagstin gelang, zu entkommen. Jagstin hat sich inzwischen in Münster gestellt. Die Belgier verlangen seine Auslieferung. Nachdem jetzt die Leiche Knickmanns gefunden worden ist, sind seine Angehörigen, seine Mutter und seine Schwester, aus dem Gefängnis entlassen worden, wo sie 14 Tage zubringen mußten.

Paris, 4. Juli. Nach einer Havasmeldung aus Duisburg sind in der Nacht zum 3. Juli drei Personen verhaftet worden, die für die Explosion auf der Hochfelder Brücke verantwortlich gemacht werden.

Zwang zum Handeln

Brandmarkung und Unterdrückung der nationalistischen Verbrechen

Eine Lösung der außenpolitischen Wirren ist noch nicht abzusehen. Durch die verbrecherischen Attentate der nationalistischen Aktivisten im Ruhrgebiet und durch die frevelhafte Passivität der Cuno-Regierung gegenüber diesem Treiben hat sich Zug um Zug die Lage für Deutschland verschlechtert. Der Schritt des Papstes, der die Cuno-Regierung endlich zu ihrer Pflicht antreiben soll, zeigt die Gefährlichkeit der Lage. Nach Berliner Meldungen hat der Vertreter des Papstes, Pacelli, am Mittwoch mit dem Reichskanzler verhandelt, doch soll die Reichsregierung einem entschiedenen Vorgehen gegen die verbrecherischen Nationalisten nach wie vor abgeneigt sein. Höchstens wolle man eine formelle Verwahrung gegen das Treiben erlassen, damit man den Deutschnationalen nicht wehe tue. Ob das zutrifft, wird sich schon nächster Tage erweisen. Eine weitere Meldung besagt:

> Der Reichskanzler empfing am Mittwoch nach der Verhandlung mit Pacelli u. a. die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Zur Erörterung stand die innen- und außenpolitische Situation, insbesondere aber die Sabotageakte. **Die Vertreter der Sozialdemokratie ließen keinen Zweifel darüber, daß sie eine entschiedene Erklärung der Regierung gegen die Attentate erwarten und auf eine politische Aussprache noch im Verlauf dieser Woche bestehen.** Die Regierung ist einer außenpolitischen Debatte abgeneigt. Die Entscheidung darüber, ob noch im Verlauf dieser Woche eine entsprechende Debatte stattfindet, wird am Donnerstag der Aeltestenrat des Reichstags treffen.

Die Regierung läßt mitteilen, daß die Verhandlungen mit dem Vertreter des Papstes noch nicht abgeschlossen seien, wodurch bestätigt wird, daß sich die Regierung zu keinem festen Auftreten gegen die Verbrecher entschließen kann. Nun muß im Reichstage das Nötige veranlaßt werden. Geschieht nichts, so wird der Abwehrkampf völlig ruiniert und die Katastrophe bricht herein. Die Attentate brachten jedesmal eine Stärkung der französischen Gewaltpolitik mit sich — und die Explosion auf der Duisburg-Hochfelder Rheinbrücke, die 20 Menschenleben vernichtete, war ein gefundenes Fressen für Poincaré. Sofort konnte er durch geschickte Ausnutzung das besonnener werdende Belgien wieder für die starre Gewaltpolitik einfangen und festhaken, und auch seine Position gegenüber England wurde wieder gestärkt. Er konnte darauf hinweisen, daß die deutsche Regierung dies blutige Treiben sozusagen begünstige, da sie ja nichts gegen die Verbrecher unternehme, ja nicht einmal in Worten die Attentäter entschieden brandmarke. Nun muß erst der Papst eingreifen — und auch jetzt noch zögert die Cuno-Regierung, sträubt sich sogar gegen eine Aussprache im Reichstage. Hier muß jetzt rücksichtslos Klarheit geschaffen werden, auf daß man den französischen Gewaltpolitikern die Waffen aus der Hand schlagen kann.

Die Reichsregierung ist neben einer moralischen Brandmarkung auch in der Lage, recht Wesentliches zur Verhinderung der Verbrechen zu tun. Erstens müssen alle Behörden und Instanzen angewiesen werden, gegen die Verbrecher mit aller Kraft und allen Mitteln vorzugehen. Zweitens haben die Reichsinstanzen den Kampf des preußischen Innenministers gegen das Treiben nicht zu lähmen, sondern zu fördern. Weiter muß der Verkauf von Sprengstoffen an die Aktivisten verboten und allen ihren Organisationen das Leben schwer gemacht werden usw. Wenn man wollte, könnte man das nationalistische Verbrechertreiben wohl zum Stillstand bringen, die ganze Atmosphäre reinigen und eine einheitliche, besonnene Stimmung fördern. Daß dies Voraussetzung jeder erfolgreichen Verhandlung ist, wird allerseits klar. Und zu Verhandlungen müssen wir kommen — so bald wie möglich. Sollte der Reichstag jetzt bei Schaffung dieser Voraussetzungen versagen, so muß das Volk in seinen weitesten und breitesten Massen sprechen.

Die Gewerkschaften gegen die Aktivisten

Ueber die Sabotageakte im Ruhrgebiet faßte der Ausschuß des A. D. G. B. nachfolgende Entschließung:

Der Bundesausschuß verurteilt aufs schärfste die verbrecherischen Sabotageakte überspannter nationalistischer Kreise im Abwehrkampf gegen die rechtswidrig erfolgte Besetzung des Ruhrgebiets. Er erklärt diese Handlungsweise für unvereinbar mit dem von der Arbeiterschaft unterstützten Abwehrkampf und fordert deshalb alle Gewerkschaftsgenossen auf, diesen Sabotageakten mit allen geeigneten Mitteln entgegenzutreten. Von der Reichsregierung fordert der Bundesausschuß, daß mit Nachdruck die Schuldigen ermittelt und zur Verantwortung nach deutschem Recht gezogen werden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230705/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG